



EF.DEL/12/04  
1 June 2004

Original: GERMAN

STÄNDIGE VERTRETUNG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN  
BEI DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (OSZE)

Es gilt das gesprochene Wort

Stellungnahme der liechtensteinischen Delegation  
am  
Zwölften OSZE-Wirtschaftsforum vom 31. Mai – 4. Juni 2004 in Prag

Tagesordnungspunkt:

“Review of the Implementation of OSCE Commitments in the Economic and Environmental Dimension, focusing on the investment climate”

---

Herr Vorsitzender,

Aus politischer und wirtschaftlicher Sicht ist die Erweiterung der Europäischen Union um 10 weitere Länder auf nun 25 Staaten das unbestritten wichtigste Ereignis seit dem 11. OSZE-Wirtschaftsforum von verganginem Jahr. Unser Gastgeber, der tschechische Aussenminister Cyril Svoboda sowie der bulgarische OSZE-Vorsitzende Solomon Passy haben das gestern in ihren Eröffnungsansprachen deutlich gemacht. Der Wunsch der 10 neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union anzugehören, war in erster Linie politischer Natur, und entstand aus dem Bedürfnis einer gemeinsamen Wertegemeinschaft anzugehören. Die Vorbereitungen für die Erweiterung und die Erweiterung selbst haben, sowohl für die „alten“ als auch die neuen Mitgliedstaaten, einen unbestritten positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt. Als Mitgliedsland des Europäischen Wirtschaftsraumes hat Liechtenstein diese Entwicklung bejaht und unterstützt, dies auch finanziell im Rahmen des sogenannten Finanzmechanismus – eine Wirtschaftshilfe für diese neuen Länder.

Herr Vorsitzender,

Am Beginn dieser neuen europäischen Entwicklungen standen der Fall der Berliner Mauer und die friedlichen Revolutionen in den heute neuen europäischen Mitgliedsstaaten im Jahr 1989. Das erste Treffen der KSZE nach diesen für den europäischen Kontinent schicksalhaften Entwicklungen war die Bonner KSZE Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit im April 1990. Mit dem „Bonner Dokument“ entstand die Grundlage für eine neue

Zusammenarbeit der KSZE-Teilnehmerstaaten in der wirtschaftlichen Dimension. ODIHR-Direktor Christian Strohal hat in seiner gestrigen Erklärung im Plenum die unvergängliche Bedeutung dieses Dokumentes festgestellt. Was damals und in der Zeit danach vereinbart wurde ist Teil des OSZE-Acquis und gilt uneingeschränkt auch heute noch. Es ist daher wichtig, dass wir über sämtliche in der wirtschaftlichen Dimension eingegangene Verpflichtungen, auch dieses Jahr wieder, eine Debatte führen.

Diese möchte ich mit einem Zitat aus dem renommierten Wall Street Journal vom 23. April 2004 beginnen und damit eine Stimme von „ausen“ zu Wort kommen lassen: „when issues of property restitution – a corner stone of committed democratic principles – are still subject to discrimination on the basis of putative ethnicity and Communist-era laws (on the books of countries that are about to gain billions and enjoy the fruits of Western “membership”), something is very wrong.”

Wie auch schon in den vergangenen Jahren, möchte die liechtensteinische Delegation darauf hinweisen, dass die Tschechische Republik den Verpflichtungen des Bonner Dokumentes, in zumindest zwei Punkten, noch nicht nachgekommen ist. Das Bonner Dokument hält die, ich zitiere „Volle Anerkennung und voller Schutz aller Formen von Eigentum“ sowie, ich zitiere „das Recht auf unverzügliche Zahlungen einer gerechten und wirksamen Entschädigung bei Überführung privaten Eigentums in öffentliche Nutzung“ als Verpflichtung uneingeschränkt für alle Teilnehmerstaaten fest.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass 1945 und in den Jahren danach Vermögen liechtensteinischer Staatsbürger von der damaligen Tschechoslowakischen Republik enteignet wurden. Diese Vermögen wurden bis heute weder restituiert, noch wurden Entschädigungen geleistet, wie dies dem Bonner Dokument entsprechen würde. Diese Tatsache steht im Widerspruch zu den im Rahmen der KSZE/OSZE eingegangenen Verpflichtungen und zum Geist des Europäischen Wirtschaftsraumes. Diese Beschlagnahmungen stellen vor allem aber auch eine Verletzung des damals geltenden Rechts und des heutigen Völkerrechtes dar.

Herr Vorsitzender,

Die entschädigungslose Enteignung von Vermögen liechtensteinischer Landesangehöriger war die Folge einer Politik der Nichtanerkennung gegenüber Liechtenstein. Diese hat sich hauptsächlich darin geäußert, dass Vermögenswerte liechtensteinischer Staatsbürger beschlagnahmt wurden, unter der Behauptung, sie gehören dem deutschen Volk.

Liechtenstein hofft, dass es in Zukunft möglich sein wird, eine Lösung dieser offenen Frage zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Tschechischen Republik zu finden.

Herr Vorsitzender, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

1.6.2004